

DerWesten - 10.03.2008

<http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/politik/2008/3/10/news-29637255/detail.html>

Rot bleibt rot

WAZ Politik, 10.03.2008, Von Rolf Potthoff

Im Westen verloren Kommunisten an Bedeutung. Jetzt tauchen sie auf Wahllisten der Linkspartei auf. Auch bald als Partner von Sozialdemokraten?



PARTEIEN UND KOOPERATIONEN Essen. Trotz alledem weht sie noch, die rote Fahne mit Hammer und Sichel darauf. Mancher Verband der KPD lässt sie offensiv flattern; etwa in München; da weht sie dem, der sich darauf verirrt, von der Internet-Homepage entgegen. Eigentlich wirkt sie nach dem ideologischen Untergang des Ostens wie ein vergessenes Relikt verflossener Zeit. Glaubt denn jemand tatsächlich noch an eine "Diktatur des Proletariats", an den "Klassenkampf" und

dergleichen? Eigentlich müsste kommunistische Programmatik aus Vokabular und Köpfen hinausgefegt sein. Sowohl DKP als auch Splittergruppen erreichen bei Wahlen oft gerade noch die statistische Wahrnehmungsgrenze.

Also wäre dieses Kapitel eigentlich geschlossen - käme die Ideologie nicht durch die Hintertür wieder herein. Denn das Gestern ist wieder aktuell, seit die neue Partei Die Linke allerlei marxistisch-leninistische Versprengte sowie Mitglieder der DKP auf ihren Wahllisten führt. Und seit die SPD intensiver über Formen der Kooperation mit der Linken im Westen sinniert. Kooperation also. Ausgerechnet mit Sozialdemokraten?

Kommunisten begriffen sich von Anbeginn an als revolutionäre Alternative zur Sozialdemokratie. Offene Feindschaft war das damals; da schreckte die KPD auch vor perfiden Allianzen nicht zurück. Noch 1931 - gerade im Erstarken von Hitlers Bewegung - unterstützten Kommunisten die NSDAP, um Preußens sozialdemokratische Regierung zu bekämpfen: "Wir tragen Zersetzung ins Lager der Bourgeoisie. Wir werden unseren Einbruch in die Sozialdemokratie erweitern und die innere Gärung in dieser Partei beschleunigen", schrieben Kommunisten kampfeslustig auf ihre Fahnen.

Derlei wird heute wohl niemand mehr (öffentlich) sagen. Die bizarren Ausschläge der traditionellen Gegnerschaft sind vorbei. Es läuft auch keiner mehr mit Ballonmütze herum, und zeitweilig bemühte sich die DKP, der Nachfolger der 1956 als verfassungsfeindlich verbotenen KPD, um die Nähe der Sozialdemokraten (während sie sich zugleich von Honeckers SED finanzieren ließ). Doch die anti-sozialdemokratische Grundhaltung bei Altkommunisten, die blieb.

Vor wenigen Wochen redete DKP-Chef Heinz Stehr beim jüngsten Parteitag klare Kante, warf "gerade der SPD" vor, "den neoliberalen Charakter der Politik zu verschleiern". Auch sah sich die Partei von einer "neoliberalen Großkoalition von CDU/CSU/SPD/FDP und Grünen" umgeben - schimmerte da wieder jene grundlegende Ablehnung des Parteiensystems durch, welche die Geschichte der KP durchzog? Bei dem Parteitag parlierten nicht wenige über einen vermeintlichen "deutschen Imperialismus" und - schon aggressiver - über "die Möglichkeit, durch grundsätzliche Kapitalismuskritik das Misstrauen gegenüber den Führungseliten dieses Systems weiterzuentwickeln".

Da offenbaren sich die Unterschiede der Milieus sowie der Staatsauffassungen zwischen DKP und Sozialdemokraten. Spätestens mit dem Godesberger Programm, 1959, hat sich die SPD von Klassenkampf-Zielen verabschiedet. Die Sozialdemokratie sieht sich nicht als Gegner,

sondern als aktiver Teil einer "nivellierten Mittelstandsgesellschaft". Sie ist staatsbejahend, bildungsbetont. Ihr Milieu agitiert nicht "klassenbewusst"; es ist aufstiegsorientiert und schickt seine Kinder zu weiterführenden Schulen, um "ihren Weg" in dieser Gesellschaft zu machen. Und: Individuelle Freiheit ist für sie der Grund, auf dem alles steht.

Da klingt dann schon manches anders im Milieu der "revolutionären Bewegung", wo man den Wert der Demokratie relativiert, indem man sie offenbar nicht als Grundvoraussetzung annimmt, sondern ihre Rolle innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft diskutiert. Vielleicht wäre hier Max von der Grüns Arbeiterroman "Irrlicht und Feuer" zu zitieren: "Freiheit", bricht es in tiefem Misstrauen gegenüber der staatlichen Ordnung zynisch aus dem Vorarbeiter hinaus: "Freiheit - als ob man sich dafür etwas kaufen kann."

Eventuell könnte jene Christel Wegner, die für die Linke ins niedersächsische Parlament einzog, nur der Einzelfall einer Verwirrten sein. Sie hatte jüngst für einen revolutionären Umsturz plädiert und für einen Geheimdienst, was sehr nach Stasi-Art roch. Wäre dann der im Westen praktizierende Dr. med., der die Mauer als eine notwendige Maßnahme gegen "den Ansturm von Westdeutschen auf billige Ostprodukte" rechtfertigt, nur ein zweiter Einzelfall? Oder sind Meinungen wie diese in einem Milieu, welches das DDR-Regime verklärt, doch weiter verbreitet? Ein Milieu, das beharrlich den "real existierenden Sozialismus" ausblendet, der sich auf Spitzel, Unterdrückung und Stacheldraht stützte. Wie denn wäre diese Gesinnung mit sozialdemokratischer Identität zu vereinen? Denn die Fahne, sie weht noch, und sie ist rot.